



## NIEDERSCHRIFT

|                       |                                      |
|-----------------------|--------------------------------------|
| <b>Gremium</b>        | Ortsbeirat Naunheim                  |
| <b>Sitzungsnummer</b> | 9. Sitzung                           |
| <b>Datum</b>          | Donnerstag, den 05.01.2012           |
| <b>Sitzungsbeginn</b> | 18:00 Uhr                            |
| <b>Sitzungsende</b>   | 20:15 Uhr                            |
| <b>Sitzungsort</b>    | Stadtteilbüro Naunheim, Schulplatz 2 |

### **Anwesend waren: vom Gremium:**

|                                |           |
|--------------------------------|-----------|
| Ortsvorsteherin Volk,          | SPD       |
| Stellv. Ortsvorsteher Jung,    | SPD       |
| Ortsbeiratsmitglied Schäfer,   | SPD       |
| Ortsbeiratsmitglied Simon,     | SPD       |
| Ortsbeiratsmitglied Köhlinger, | CDU       |
| Ortsbeiratsmitglied Dokter,    | FW        |
| Ortsbeiratsmitglied Dr. Greis, | B90/Grüne |

### **Nicht anwesend waren**

|                            |       |
|----------------------------|-------|
| Ortsbeiratsmitglied Kauck  | - e - |
| Ortsbeiratsmitglied Lepper | - e - |

### **ferner waren anwesend:**

Ferner anwesend:  
Oberbürgermeister Dette zu TOP 2  
Stadtrat Carl-Peter Greis  
Schriftführerin Rita Rumpf  
Stellv. Schriftführerin Anita Schwarz

Ortsvorsteherin Volk eröffnet um 18 Uhr die 9. Sitzung des Ortsbeirates Naunheim, begrüßt Herrn Oberbürgermeister Dette, Stadtrat Greis und die Mitglieder des Ortsbeirats. Der Ortsbeirat ist durch schriftliche Einladung der Ortsvorsteherin vom 20. Dezember 2011 zu einer öffentlichen Sitzung eingeladen worden. Die Einladung ist form- und fristgerecht ergangen. Die Bekanntmachung in der WNZ erfolgte am 03. Januar 2012. Die Beschlussfähigkeit des Ortsbeirates wird gemäß § 82 HGO in Verbindung mit § 53 HGO festgestellt.

## **Tagesordnung:**

---

### **TOP 1**

***Anerkennung der Niederschrift vom 15.12.2011***

### **TOP 2**

***Haushalt 2012***

### **TOP 3**

***Stellungnahmen des Magistrats u. a. zu Beschlüssen und Anregungen des Ortsbeirates***

### **TOP 4**

***Mitteilungen, Anregungen und Anfragen***

### **TOP 5**

***Verschiedenes***

## **Abwicklung** der Tagesordnung:

---

### **TOP 1**

***Anerkennung der Niederschrift vom 15.12.2011***

**Die Niederschrift der Ortsbeiratssitzung vom 15. 12. 2011 wird einstimmig anerkannt.**

### **TOP 2**

***Haushalt 2012***

Hierzu erteilt Ortsvorsteherin Volk das Wort an Oberbürgermeister Dette.

Oberbürgermeister Dette begrüßt die Anwesenden und schließt sich den guten Wünschen der Ortsvorsteherin für das Jahr 2012 an.

Er beginnt mit allgemeinen Ausführungen zum Haushalt 2012 und kündigt an, im Anschluss zu der den Stadtteil betreffenden Übersicht Stellung zu nehmen, soweit Fragen bestehen.

Der Ergebnishaushalt verfügt über einen Gesamtansatz von 122,8 Millionen Euro. Der Schwerpunkt liegt bei der Finanzierung des Hessentages, welche im Jahr 2012 mit rund 8,6 Millionen Euro zu veranschlagen ist. Unter Berücksichtigung von Zuschüssen und Zuwendungen (für Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 17 Millionen Euro, schwerpunktmäßig für die Neugestaltung des Bahnhofes) liegt der festgestellte Fehlbedarf 2011 bei 4,1 Millionen Euro. Dieser wird in 2012 auf 3,6 Millionen Euro sinken, nach Abzug von Zuschüssen verbleibt ein Fehlbetrag von 3,1 Millionen Euro, dieser kann

größtenteils durch die Auflösung einer für den Hessentag gebildeten Rückstellung gedeckt werden.

Zur Einnahmesituation berichtet Oberbürgermeister Dette, dass die Haupteinnahmequelle nach wie vor die Gewerbesteuer bildet. Im Haushaltsjahr 2011 wird vorläufig von 31,5 Millionen Euro ausgegangen. Im Haushaltsjahr 2012 werden 35 Millionen Euro veranschlagt. Trotz des erwarteten Anstiegs liegen die Einnahmen auch weiterhin weit unter den Einnahmen aus vergangenen Jahren. Im Vergleich dazu nennt er das Jahr 2007 mit einer Gewerbesteuereinnahme von 45 Millionen Euro. Im Bereich der Grundsteuer wird von einer Einnahmesteigerung von 5,8 Millionen Euro im Jahr 2011, auf 5,85 Millionen Euro für 2012 ausgegangen. Auch eine geringe Mehreinnahme bei der Einkommenssteuer wird erwartet von 17,6 Millionen Euro im Jahr 2011 auf 18 Millionen Euro in 2012. Die Schlüsselzuweisung des Landes von 15,4 Millionen im Jahr 2011, dürfte 2012 bei 16,7 Millionen Euro liegen. Da es sich noch nicht um endgültige Zahlen handelt, ist noch von Berichtigungen auszugehen, die erwartungsgemäß zu einem geringeren Haushaltsfehlbedarf führen werden, soweit keine weiteren Ausgaben hinzukommen.

Auf der Ausgabenseite bilden die Personalkosten mit 37,3 Millionen einen großen Posten. Hier ist real ein Anstieg zu verzeichnen. Zwar entfallen die Kosten für die Mitarbeiter, die mittlerweile von der ARGE/Jobcenter übernommen wurden, jedoch gibt es einen erheblichen Mehraufwand im Bereich der Jugendhilfe. Hier insbesondere durch die Erweiterung der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren in den städtischen Kindertagesstätten. Auch in 2012 werden neue Gruppen geschaffen und somit entstehen auch weiterhin zusätzliche Personalausgaben, diese Entwicklung wird auch in 2013 anhalten. Auch im Bereich der Investitionen finden sich diesbezüglich erhebliche Merkmale, z.B. für die neue Einrichtung in der Spilburg und die Einrichtung in Hermannstein. Hinzu kommen erwartete tarifrechtliche Steigerungen bei den Personalkosten insgesamt.

Im Bereich der Sachausgaben konnten die Vorgaben der Haushaltskonsolidierung eingehalten werden. Die Ausgaben im Bereich Warenwirtschaft werden nahezu analog zum Vorjahr sein. Auf Grund neuer Zahlen im Bereich der Wasserwirtschaft ist auch in diesem Bereich von einem Ausgleich auszugehen. Im Bereich Friedhof (Bestattungen/Kremation) ist die erwartete Unterdeckung für 2012 mit 212.000 Euro geringer als 2011 (292.000 Euro) anzusetzen. Diese Deckungsquote ist vergleichsweise akzeptabel.

Die Abschreibungen steigen von 6,6 auf 6,9 Millionen Euro. Insgesamt sind im Haushalt bis auf wenige einzelne Ausnahmen die Abschreibungen den einzelnen Produkten zugeschrieben worden, so dass realistische Zahlenwerte zu Grunde liegen.

Im Finanzhaushalt konnten die Investitionen von 33,8 Millionen in 2011 auf 22,7 Millionen gesenkt werden. In 2011 schlugen sich hier große Infrastrukturprojekte, wie etwa der Bahnhof und das Palais Papius nieder. Die Bahnstufeneuegestaltung findet sich auch in den Zahlen 2012 noch wieder, sonst stehen aber keine größeren Projekte mehr an. Da keine Eigenmittel mehr zur Verfügung stehen, mussten die Ausgaben, soweit nicht über Drittmittel gedeckt, über Kreditaufnahmen finanziert werden. Im Haushaltsjahr 2011 waren 21,9 Millionen und in 2012 werden ca. 15 Millionen Euro Kredite erforderlich. Eine Absenkung der Neuverschuldung war dringend erforderlich um die Haushaltskonsolidierung sicherzustellen. Um weiterhin einen stabilen Haushalt zu gewährleisten, wird ein weiteres Haushaltskonsolidierungsprogramm zu beschließen sein, ergänzt Oberbürgermeister Dette.

Da die Eigenbetriebe eine eigene Kostenrechnung haben, sind diese Bereiche im vorliegenden Haushalt nicht enthalten.

Der vorliegende Haushalt bildet die Grundlage, im Rahmen der Möglichkeiten verantwortlich zu handeln.

Abschließend betont Oberbürgermeister Dette, dass sich im Bereich der Investitionen auch in den kommenden Jahren der Bereich Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere wegen des Ausbaus der Betreuungseinrichtungen für unter-3-Jährigen, niederschlagen wird, im Jahr 2012 beispielsweise mit ca. 2 Millionen Euro.

Nachdem keine allgemeinen Fragen aus dem Ortsbeirat an Oberbürgermeister Dette gestellt werden, verliert Ortsvorsteherin Volk die den Stadtteil betreffende Einzelübersicht und bittet um Fragestellung zu den einzelnen Ansätzen.

Zur Produktnummer 0105200 712800000 (Aufwendungen für heimatpflegerische Zwecke in den Stadtteilen) berichtet Ortsvorsteherin Volk, dass der für Naunheim zur Verfügung stehende Ansatz im Haushaltsjahr 2011 vollständig aufgebraucht wurde. Vor diesem Hintergrund erfragt sie, wie dieser in anderen Stadtteilen ausgeschöpft wird und ob die vor Jahren erfolgte Kürzung der Ansätze vielleicht nochmals thematisiert werden sollte. Oberbürgermeister Dette erklärt, dass der Ansatz in anderen Stadtteilen nicht vollständig genutzt wird und daher eine Überschreitung in einzelnen Stadtteilen auch über den Gesamtansatz gedeckt werden kann. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit bleibt auch weiterhin bestehen. Die vorläufigen Zahlen für 2010 liegen ihm vor und so ergänzt er, dass nur ca. 6000 Euro des Gesamtansatzes verbraucht wurden.

Zur Produktnummer 0180100 616100000 (Stadtbüro/Instandhaltung der Gebäude und Außenanlagen/Instandhaltungsaufwand in den Stadtteilbüros/Beseitigung von Putz- und Feuchteschäden einschl. Anstricharbeiten im Untergeschoss (Archivraum) hinterfragt Ortsbeiratsmitglied Schäfer ob das Archiv ausgeräumt ist. Hierzu erklärt Stadtteilbüromitarbeiterin Rumpf, dass das Archiv im Keller weiterhin besteht und es sich um eine Maßnahme in einem anderen Kellerraum handelt.

Zur Produktnummer 0410100 60510000-60570000 fragt Ortsvorsteherin Volk an, ob darin auch die Sanierung der Grenzmauer zum Nachbargrundstück des Hauses der Heimatgeschichte enthalten ist. Oberbürgermeister Dette führt aus, dass es sich hierbei nur um die Bewirtschaftungskosten handelt. Nach seiner Kenntnis war aber eine Umsetzung der Sanierung im Haushaltsjahr 2011 vorgesehen, hier müsste geprüft werden welche Mittel noch vorhanden sind um eine Umsetzung zu realisieren. Auf die Frage von Ortsvorsteherin Volk wie sich der enorme Anstieg bei dem Gesamtansatz der Bewirtschaftungskosten begründet, entgegnet Oberbürgermeister Dette, dass dies die Bewirtschaftung des Palais Papius bedingt. Durch die Sanierung des Gebäudes waren 2011 nur geringe Bewirtschaftungskosten anzusetzen. Bei dem Palais Papius handelt es sich um das größte Museumsgebäude der Stadt. Auf Nachfrage von Stadtrat Greis ob der Anteil an den Bewirtschaftungskosten für das hiesige Museumsgebäude herausgerechnet werden könnte, erklärt Oberbürgermeister Dette, dass dies sicherlich möglich, allerdings mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden wäre.

Zur Produktnummer 0690100 (Städtische Kindertageseinrichtungen) hinterfragt Ortsbeiratsmitglied Dokter den deutlichen Anstieg des Gesamtansatzes. Hierzu verweist Oberbürgermeister Dette auf seine allgemeinen Ausführungen hinsichtlich des Ausbaus der Betreuung von unter-3-Jährigen. Er ergänzt, dass auch der erhöhte Personalaufwand erheblich ist, da diese Altersgruppe eine maximale Gruppengröße von 10 Kindern bedingt, im Vergleich zur fast doppelten Kinderzahl in den Gruppen mit älteren Kindern. In diesem Zusammenhang fragt Ortsbeiratsmitglied Schäfer nach der Kostenbeteiligung des Bundes/Landes an den Kosten der Betreuung, da der Mehrbedarf an Betreuungsplätzen sich letztendlich auf eine Änderung der Gesetzeslage begründet. Im investiven Bereich werden ca. 1/3 der Kosten durch entsprechende Zuschüsse des Bundes gedeckt,

entgegnet Oberbürgermeister Dette. Er schätzt die Kostendeckung im Bereich der laufenden Kosten durch Zuschüsse auf maximal 10 bis 20%. Nicht zuletzt wegen dieser geringen Beteiligung sind die Kommunen unisono der Ansicht, dass höhere Beteiligungen durch Bund und Länder gefordert werden müssen.

Zur Produktnummer 0820200 (Gedekte Sportstätten) fragt Ortsvorsteherin Volk ob sich die für die Sport- und Kulturhalle Naunheim angeregten Mittel u.a. für Gardinen, Anstrich und Bestuhlung im Wirtschaftsplan der Stadthallen wiederfinden. Eine entsprechende Anmerkung hierzu, wie in den vergangenen Jahren, fehlt in der jetzigen Vorlage. Oberbürgermeister Dette meint sich an eine entsprechende Einstellung zu erinnern, sagt jedoch zu, diese Information nachzureichen.

Zur Produktnummer 1030100 60510000-605700000 hinterfragt Ortsvorsteherin Volk die erhebliche Verringerung des Ansatzes zur Brunnenunterhaltung. Der Ansatz für 2011 war wegen anstehender größerer Arbeiten erhöht, gibt Oberbürgermeister Dette zur Kenntnis und ergänzt, dass 2012 nicht mit einer entsprechenden weiteren Maßnahme zu rechnen sei.

Zur Produktnummer 1110100 Pos. 13 (Abwasserreinigung und -beseitigung) möchte Ortsvorsteherin Volk wissen, wie sich die Erhöhung des Ansatzes begründet. Vorrangig sind hierfür die Planungen zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr verantwortlich, hinzu kommen noch Untersuchungen einzelner Kanalbereiche und damit einhergehende kleinere Sanierungsarbeiten, erklärt Oberbürgermeister Dette. Auf die Frage von Ortsvorsteherin Volk ob darin auch eine umfassende Untersuchung des Kanalnetzes eingeschlossen ist, differenziert er die Kostensteigerung wie folgt: für Ingenieurkosten zur gesplitteten Abwassergebühr ein Anstieg von 42.000 auf 115.000 Euro und ein Anstieg bei der Überprüfung/kleinere Ausbesserungen des Kanalnetzes von 43.000 auf 93.000 Euro. Ortsbeiratsmitglied Schäfer erfragt, wann mit einer Einführung der gesplitteten Abwassergebühr zu rechnen sei. Auf Grund der erheblichen notwendigen Vorarbeiten zur Einführung, geht Oberbürgermeister Dette derzeit vom 1. 1. 2014 aus. Ortsbeiratsmitglied Schäfer hinterfragt ob es gesetzliche Fristen einzuhalten gibt. Hierzu erklärt Oberbürgermeister Dette, dass es keine Frist für die Einführung gibt, lediglich die gesetzliche Maßgabe, dass bei dem Vorhandensein einer gewissen Größe von versiegelten Flächen diese Gebühr einzuführen ist. Sowie die entsprechenden Zahlen zu den Flächen vorliegen, werden diese einsehbar sein.

Ortsbeiratsmitglied Heinz Dokter hinterfragt die Begrifflichkeit „gesplittete Abwassergebühr“. Oberbürgermeister Dette erklärt kurz, dass die jetzige Berechnung der Abwassergebühr allein auf dem Frischwasserverbrauch fundiert. Bei der gesplitteten Abwassergebühr wird nicht nur der Frischwasserverbrauch zu Grunde gelegt, sondern auch das in den Kanal eingeleitete Regenwasser. Um die Grundlage hierfür zu schaffen muss jedes einzelne Grundstück entsprechend angesehen und bewertet werden. In der Regel erfolgen Überflüge, um die Beschaffung der Flächen zu beurteilen. Über das Ergebnis wird der Eigentümer dann informiert und hat ein entsprechendes Einspruchsrecht. Erst nach diesem Prozedere kann ein neuer Bescheid erteilt werden. Auf die Rückfrage von Ortsbeiratsmitglied Dokter ob sich dadurch die Abwassergebühr verteuert, erklärt Oberbürgermeister Dette dass man sich der gesetzlichen Vorgabe nicht entziehen kann. Ortsbeiratsmitglied Jung wirft ein, dass vor Jahren die Auflage gemacht wurde, Abwasser entsprechend abzuführen, jetzt werden die Bürger dafür zur Kasse gebeten. Er hat die Bitte, dass bis diese Gebühr eingeführt wird, die Bürger wenigstens darauf hingewiesen werden, wie sich evt. geplante baulichen Maßnahmen auf die neue Gebühr auswirken würden. Sicherlich wäre es für manche Entscheidungsfindung hilfreich zu wissen auf was bei zwischenzeitlichen Sanierungsmaßnahmen zu achten ist, um zu vermeiden, dass diese sich dann teuer auswirken. Oberbürgermeister Dette sagt zu, diese

Anregung mit aufzunehmen und ergänzt, dass die Kostensteigerung überschaubar bleiben wird. Auch bisher besteht in diesem Bereich eine Kostendeckung, so dass ein Anstieg der Kosten nicht abzusehen ist und bei der neuen Berechnung lediglich eine Umverteilung erfolgen könne. Erfahrungsgemäß entsteht für den „Normalbürger“ keine wesentliche Verteuerung. Für Gewerbebetriebe sieht dies evtl. anders aus, da diese bisher durch nur geringen Frischwasserverbrauch auch nur entsprechend wenig Abwassergebühr zahlen. Hier kann es sich bei der Neuberechnung durch die großen versiegelten Flächen (Parkplätze) erheblich verteuern. Bei Einfamilienhäusern könnten sich sogar Einsparungen ergeben, zum Beispiel wenn große Gärten vorhanden sind. Ortsbeiratsmitglied Schäfer ergänzt, dass er von Einwohnern aus Lahnuau weiß, dass sich nach Einführung der gesplitteten Abwassergebühr dort keine wesentlichen Verteuerungen ergaben. Lediglich der damit verbundene Aufwand ist auch in seinen Augen ganz erheblich. Ortsbeiratsmitglied Dr. Greis merkt an, dass sich aber auch der Verwaltungsaufwand bei der Kostenberechnung widerspiegelt. Dies bestätigt auch Oberbürgermeister Dette und ergänzt, dass abzuwarten ist ob dies nur vorübergehend während der Einführungsphase so ist oder dauerhaft erhöhte Personalkosten anfallen.

Zu Produktnummer 120100 (Gemeindestraßen) erklärt Oberbürgermeister Dette, dass der erhöhte Ansatz in 2011 auf das Winterschadensprogramm zurückzuführen war, für das auch erhebliche Mittel vom Land zur Verfügung standen. Daher konnte nunmehr eine Reduzierung des Ansatzes für das neue Haushaltsjahr erfolgen.

Zu Produktnummer 1310100 (Öffentliche Grün- und Freizeitanlagen) erklärt der Oberbürgermeister auf Nachfrage von Ortsvorsteherin Volk, dass der erhöhte Ansatz für das Jahr 2012 in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Hessestag steht. Hierzu hinterfragt Ortsbeiratsmitglied Jung ob die Landwirte für die auf deren Flächen vorgesehenen Parkflächen hinsichtlich des Ausfalls der Ernte entschädigt werden. Entsprechende Gespräche mit den Landwirten wurden bereits geführt, berichtet Oberbürgermeister Dette.

Zu Produktnummer 1610100 (Gemeindesteuern) hinterfragt Ortsbeiratsmitglied Dokter den Rückgang bei der Grundsteuer A. Bei der Grundsteuer A handelt es sich um die unbebauten, also landwirtschaftlichen Flächen, Veränderungen in der Naunheimer Gemarkung seien unwesentlich, wie sich der Steuerrückgang genau begründet, kann Oberbürgermeister Dette im Einzelnen nicht erklären. Es wäre nach seiner Ansicht durchaus möglich, dass diese Flächen durch Bebauung von der Grundsteuer A in die Grundsteuer B verschoben wurden. Eine zeitliche Verzögerung hierbei könnte sich durch die Bearbeitungszeiten des Finanzamts ergeben haben.

Die unter der gleichen Produktnummer aufgeführte Hundesteuer erscheint Ortsbeiratsmitglied Dokter nach seinem Empfinden unrichtig. Er hinterfragt ob die Höhe der Hundesteuer abhängig von der Anzahl der gehaltenen Hunde ist. Oberbürgermeister Dette erklärt, dass die Höhe der Hundesteuer im Vergleich zu angrenzenden Kommunen niedrig ist und Überlegungen angestellt werden diese anzuheben. Bei der Besteuerung ist der Ersthund günstiger als weitere Hunde. Eine Sonderstellung nehmen Kampfhunde ein, die wesentlich höher besteuert werden. Sichtliche Schwankungen in der Hundesteuereinnahme könnten also bereits durch die Abschaffung einzelner Kampfhunde verursacht sein. Der subjektive Eindruck von Ortsbeiratsmitglied Dokter weist auf eine Zunahme der Hundezahl im Stadtteil hin. Auch Ortsbeiratsmitglied Jung hat Zweifel an der Richtigkeit der Hundeanzahl. Außerdem merkt er an, dass in anderen Kommunen über die Besteuerung weiterer Tiere, z.B. Pferde gesprochen wird. Er berichtet von massiven Wegeschäden durch Pferde und hält daher diese Maßnahme ebenfalls für überlegenswert. Hierzu erklärt Oberbürgermeister Dette, dass in Naunheim sicherlich eine Sondersituation besteht, in anderen Stadtteilen ist die Anzahl von Pferden eher

überschaubar. Der Aufwand für die Einführung einer weiteren Steuer, steht nach seiner Ansicht nicht in Relation zu den erwarteten Mehreinnahmen. Eine Anhebung der bestehenden Hundesteuer dagegen hält er für den besseren Weg.

Zu Produktnummer 12101002002 (Teilerneuerung des bituminösen Oberbaues von Straßen im Stadtgebiet) bejaht Oberbürgermeister Dette die Frage von Ortsvorsteherin Volk ob es sich bei dem verzeichneten Ansatz in Höhe von 54000 Euro um die bereits angekündigte Sanierung der Karlstraße handelt. Oberbürgermeister Dette fügt hinzu, dass ein pauschaler Ansatz besteht, der es ermöglicht, dass notwendige Sanierungen im Rahmen von Verlegearbeiten Dritter (z.B. Telekom oder Enwag) durchgeführt werden können.

Ortsvorsteherin Volk merkt an, dass die Mittelanmeldungen des Ortsbeirates (Ausleuchtung zwischen Unterführung Festplatz und Mühle/ Erschließung des Wegs zum ökumenisches Gemeindezentrum offensichtlich nicht in den Haushalt aufgenommen wurden. Oberbürgermeister Dette verweist auf die ausgeschöpften Kapazitäten der Fachämter durch die Vorbereitung auf den Hessentag. Dadurch besteht derzeit keine Aussicht weitere Projekte abzuarbeiten. Eine Erledigung weiterer Pläne wird somit eher in den Folgejahren zu erwarten sein.

Ortsbeiratsmitglied Schäfer hinterfragt den Sachstand bezüglich des Spielplatzes am Berg, dessen Realisierung für 2011 angekündigt war, jedoch bisher nicht erfolgt ist. Oberbürgermeister Dette erklärt, dass die Umsetzung eingeplant ist und die Mittel für die Spielgeräte für das Jahr 2012 eingestellt sind.

Ortsbeiratsmitglied Simon berichtet von einem Gerücht, das alte Feuerwehrgerätehaus sei bereits verkauft. Hierzu erklärt Oberbürgermeister Dette, dass nach seiner Kenntnis keine entsprechende Beschlusslage vorliegt, jedoch Interessenten vorhanden sind. Die Nachfrage von Ortsvorsteherin Volk, dass hierüber der Ortsbeirat doch sicher vorher informiert würde, bestätigt der Oberbürgermeister mit einem klaren und unverzögerten „Selbstverständlich“.

Ortsbeiratsmitglied Schäfer regt an, weitere Haushaltsanträge noch in Anwesenheit von Oberbürgermeister Dette zu diskutieren um sie diesem bereits zur Kenntnis mitzugeben. Ortsvorsteherin Volk regt an, die beiden vorgeschlagenen Anträge (Beleuchtung zwischen der Unterführung Festplatz und Mühle bzw. Straßenanbindung des Stadtteils an Niedergirmes) vor Weitergabe zunächst im Ortsbeirat zu besprechen und zu beschließen.

Ortsbeiratsmitglied Schäfer gibt zur Kenntnis, dass der Eigentümer des Grundstücks „Mühlstraße 9“ einen Gebäudeteil abreißen möchte und hierfür mit dem Fachamt Kontakt aufgenommen hat. Während der Besichtigung durch den Fachamtsvertreter stürzte die Treppe des Gebäudeteils ein. Obwohl der Fachamtsvertreter hierbei in Mitleidenschaft gezogen wurde, kam das Fachamt zu dem Ergebnis, dass die Liegenschaft „erhaltenswürdig“ sei. Nach Ansicht von Ortsbeiratsmitglied Schäfer hingegen würde ein Abriss wesentlich zu einer Dorfverschönerung beitragen.

Ortsbeiratsmitglied Köhlinger spricht die Errichtung weiterer Sendemasten in Naunheim an. Ein Mast befindet sich auf einem städtischen Grundstück und 3 weitere auf privaten Grundstücken. Sie berichtet, dass seit der kürzlichen Errichtung des 4. Mastes eine erhebliche Zunahme von Gesundheitsbeeinträchtigungen bei Anwohnern zu verzeichnen sind (insbesondere Kopfschmerzen und Schlafstörungen). Da schon vor Jahren über die Strahlenbelastung in diesem Bereich diskutiert wurde, bittet sie um Klärung der aktuellen Strahlenwerte und ob die Aufstellung weiterer Masten beabsichtigt ist. Oberbürgermeister Dette sagt eine Klärung dieser Fragestellung zu. Des Weiteren erklärt er, dass mittlerweile

auch Masten für den Digitalfunk der Feuerwehr installiert wurden.

Da keine weiteren Fragen mehr an den Oberbürgermeister bestehen, verabschiedet sich dieser und verlässt die Ortsbeiratssitzung.

Ortsvorsteherin Volk ruft die beiden - bereits angesprochenen - Anträge zur Beratung auf, die noch Eingang in den Haushalt 2012 finden sollten.

- Erstmalsiger Ausbau der Straßenbeleuchtung zwischen Unterführung Festplatz und der Alten Lahnmühle

### **Der Antrag wird vom Ortsbeirat einstimmig beschlossen.**

- Anbindung des Stadtteils Nauenheim an Niedergirmes

Hierzu erklärt die Ortsvorsteherin, dass bereits seit Jahrzehnten eine direkte Anbindung des Stadtteils über Niedergirmes an Wetzlar gewünscht wird. In der Vergangenheit standen einer Umsetzung vor allem die notwendigen Abstände zur Grube Malapertus entgegen. Da diese mittlerweile stillgelegt wurde, sollte das Thema nunmehr erneut aufgegriffen werden und ein diesbezüglicher Antrag gestellt werden. Ortsbeiratsmitglied Köhlinger regt an zu prüfen ob der Betreiber der Grube im Rahmen von Renaturierung etc. zu einer Kostenbeteiligung herangezogen werden könnte.

Ortsbeiratsmitglied Jung gibt zu bedenken, dass eine Einstellung des Abbaus in der Grube nicht unbedingt eine endgültige Stilllegung bedeutet, zumal dort evtl. noch Vorkommen vorhanden sind. Er schlägt vor, als erstes über städtische Gremien abklären zu lassen inwieweit es sich wirklich um eine endgültige Maßnahme handelt (bergrechtlicher Status). Einer Beantragung von Planungsmitteln für die Anbindung steht dies jedoch nicht entgegen, ergänzt er. Außerdem gibt er zur Kenntnis, dass durch die nur einseitige Bebauung (wegen der einzuhaltenden Abstände zur Grube) die „wenigen“ Anlieger der Straße bei einer Erschließung unverhältnismäßig hoch durch die Kosten belastet werden.

Stadtrat Greis hält eine Entscheidung „aus dem Bauch heraus“ für falsch, zumal er keinen Grund für einen Ausbau der Straße sieht, da durchaus ausreichend viele Straßen zur Verfügung stehen die eine Anbindung an die Stadt sicherstellen. Entrüstet über diese Bemerkung zeigen sich vor allem Ortsbeiratsmitglieder Köhlinger und Schäfer, die die derzeitige Anbindungssituation über die Straßen Am Lotzengraben/Rabenbaum – gerade zu Arbeitsbeginn morgens - als nicht zufriedenstellend beurteilen. Den Grund für diese Verkehrssituation sieht Stadtrat Greis in der unregelmäßigen Beparkung der Straßen, die den Begegnungsverkehr erheblich erschwert. Auch durch eine weitere Anbindung würde sich diese Situation nicht entschärfen, prophezeit Stadtrat Greis. Der stellvertretende Ortsvorsteher erinnert daran, dass bereits bei Genehmigung des Baugebietes die jetzige Anbindung kritisch gesehen wurde, da bei Ziel Wetzlar und der jetzigen Verkehrsführung viele unnötige Verkehrsstrecken entstehen. Die direkte Anbindung würde den Verkehr von diesem Baugebiet von und nach Wetzlar um ca. 2 km verkürzen und somit auch eine erhebliche Menge an Abgasen einsparen. Stadtrat Greis gibt zu bedenken, dass rechnerisch gesehen selbst ein Umweg von 3 Kilometern viele Jahre gefahren werden müsste, um die Belastungen einer Neuansbindung aufzuwiegen. In seinen Augen rechtfertigt dies in keinsten Weise die Erstellung dieser Anbindung.

Dem anwesenden Bürger Friedel Birk, wird auf seinen Wunsch hin das Wort erteilt. Er wirft ein, dass nach seiner Kenntnis in all den Jahren immer davon gesprochen wurde die Anbindung nur zu realisieren, wenn eine beidseitige Bebauung der Straße möglich ist, damit die damit einhergehenden Kosten entsprechend auf mehr Anlieger umgelegt werden kann. Ortsvorsteherin Volk erklärt, dass es bei dem Antrag zunächst darum geht die Anbindung erneut zu thematisieren. Eine ausgiebige Diskussion des Themas in einer

kommenden Ortsbeiratssitzung unter Hinzuziehung von Fachamtsvertretern der Straßenverkehrsbehörde, des Umwelt- und Bauamts wäre sicherlich Grundlage für das weitere Vorgehen. Ortsbeiratsmitglied Dr. Greis erinnert an die Aussage von Oberbürgermeister Dette, dass derzeit die Kapazitäten der Fachämter durch den Hesttag ausgeschöpft sind. Sie hält eine vorherige Diskussion des Themas mit Fachamtsvertretern im Ortsbeirat für sinnvoll.

Ortsbeiratsmitglied Köhlinger hält es für richtig den Antrag auf den Weg zu geben und eine entsprechende Diskussion im Ortsbeirat zu führen.

Ähnlich äußert sich auch Ortsbeiratsmitglied Jung. Er hält es für wichtig die Mittel für die Planungen im Haushalt einzustellen um zu zeigen, dass die Anbindung weiterhin Thema ist und seitens des Ortsbeirates Flagge zu zeigen. Eine entsprechende baurechtliche Änderung wäre zunächst ohnehin erforderlich, daher wäre zum jetzigen Zeitpunkt auch die genaue Festlegung einer Summe für die Planungen nachrangig, diese könnte auch sehr gering angesetzt werden. Losgelöst davon sollte die Diskussion mit den Fachämtern geführt werden. Sollte sich bei einer Abklärung dann zeigen, dass die bergrechtlichen Voraussetzungen für einen Ausbau der Anbindung nicht gegeben sind, wäre das Projekt ohnehin wohl auch für viele weitere Jahre nicht realisierbar.

Ortsbeiratsmitglied Schäfer gibt zur Kenntnis, dass er gehört hat, dass Investoren in diesem Bereich wohl vermehrt versuchen Grundstücke anzukaufen. Grundlage hierfür könnte nach seiner Ansicht nur sein, dass dort Planungen forciert werden.

**Auf Vorschlag von Ortsvorsteherin Volk, beschließt der Ortsbeirat - bei einer Gegenstimme - einen Haushaltsansatz von 30.000 Euro für die Planungen zum Ausbau der Anbindung Naunheim-Niedergirmes zu beantragen.**

Ortsvorsteherin Volk kündigt an, einen Sachantrag wegen der Beratungen zu der Anbindung vorzubereiten.

Der Ortsbeirat erteilt der Anliegerin Ingrid Schäfer, die sich wegen der Planungen zum Verkauf des alten Feuerwehrgerätehauses besorgt zeigt, das Wort. Sie hat davon gehört, dass mit Nachbarn des alten Feuerwehrgerätehauses wegen dem Verkauf ihrer Anwesen verhandelt wurde. Stadtrat Greis beschwichtigt, dass es immer schnell Gerüchte gäbe aber noch nichts beschlossen wurde. Für eine Nutzungsänderung der Liegenschaft müsste eine Bebauungsplanänderung erfolgen über die der Ortsbeirat im Vorfeld unterrichtet würde. Da hierzu dem Gremium noch nichts bekannt ist, dürfte es sich um Spekulationen handeln. Da die Anwohnerin noch immer beunruhigt ist, erklärt ihr die Ortsvorsteherin, dass es Überlegungen im Arbeitskreis „Älter werden im Stadtteil“ gibt, eine Tagespflegeeinrichtung für Senioren im ökumenischen Gemeindezentrum (katholischer Teil) einzurichten. Da diese Verhandlungen sich über längere Zeit hinziehen und noch kein abschließendes Ergebnis besteht, wurde in diesem Rahmen auch darüber gesprochen ob die Liegenschaft des alten Feuerwehrgerätehauses unter Hinzuziehung angrenzender Grundstücke als Alternative für eine Senioreneinrichtung in Betracht kommen könnte. Diese Verhandlungen befinden sich in einem sehr frühen Stadium. Soweit Anlieger Anderen über Anfragen oder Kaufinteressenten berichten, so ist dies sicherlich in Ordnung. Stadtrat Greis merkt an, dass geplante Veränderungen im Ortsbeirat zu diskutieren sind und dies auch der zuvor veröffentlichten Tagesordnung für die Sitzung zu entnehmen wäre. Ortsbeiratsmitglied Schäfer merkt an, dass hier wohl Ängste der Anlieger bestehen, dass auf dem Gelände des alten Feuerwehrgerätehauses und evtl. angrenzender Flächen große Mietshäuser entstehen könnten. Auch ihm sind nur die Überlegungen wegen dem Seniorenwohnen bekannt. Er merkt weiter an, dass entsprechende Veränderungen immer einer Genehmigung der Stadt unterliegen. Auch Ortsvorsteherin Volk bestätigt abschließend, dass somit keine geheimen Vorhaben

umgesetzt werden, ohne dass die Bürger/innen zuvor Kenntnis erlangen können.

### **TOP 3**

#### ***Stellungnahmen des Magistrats u. a. zu Beschlüssen und Anregungen des Ortsbeirates***

##### 3.1

*Spucksicherung Kuchenverkauf Gallusmarkt; 7. Sitzung Ortsbeirat Naunheim vom 15.11.2011, Schreiben des Ordnungsamtes vom 16.12.2011*

##### Anlage 1

### **TOP 4**

#### ***Mitteilungen, Anregungen und Anfragen***

##### 4.1

*Ortstermine Back- und Feuerwehrgerätehaus, Treppenaufgang Kirche und Heinestraße*

Ortsvorsteherin Volk hat beim Hochbauamt um einen Ortstermin zwecks Information über den Sachstand der weiteren Verwendung des Feuerwehrgerätehauses und des Backhauses gebeten.

Ebenso wird in nächster Zeit ein Ortstermin mit dem Tiefbauamt wegen des Treppenaufganges zur Kirche – dort sind einige Platten lose und gerissen und bilden somit eine Unfallgefahr – stattfinden.

Die bereits vor einiger Zeit in diesem Gremium diskutierte Geräuschbelästigung durch das Pflaster in der Heinestraße im Haus Wetzlarer Straße 2 möchte sie in einem Ortstermin mit dem Tiefbauamt und dem Ordnungsamt nochmals zu Sprache bringen, da die Anlieger erneut an sie herangetreten sind.

Über die Termine wird sie die Ortsbeiratsmitglieder zu gegebener Zeit in Kenntnis setzen und bittet um Teilnahme.

##### 4.2

*Spielplatz Eichendorffstraße/Am Rabenbaum; Mail des Stadtbetriebsamtes vom 05.12.2011*

Warum der am Spielplatz befindliche Holzzaun durch einen Stabgitterzaun ersetzt wurde möchte Ortsbeiratsmitglied Köhlinger wissen.

##### Anlage 2

##### 4.3

*Parkplatz Hessentag*

Von wo der Notparkplatz für den Hessentag auf der Gemeindeweide Naunheim angedient werden soll möchte Ortsbeiratsmitglied Schäfer wissen. Der Ortsbeirat bittet den Magistrat um Auskunft.

#### 4.4

##### *Parkverhalten in der Weingartenstraße*

Ortsbeiratsmitglied Köhlinger stellt fest, dass das im vorderen Bereich der Weingartenstraße wechselseitige Parken dem Begegnungsverkehr die Möglichkeit erschließt, eine Lücke zum Ausweichen zu finden. Anders verhält es sich jedoch im hinteren Bereich Richtung Stadtgrenze. Hier wird lediglich einseitig geparkt und zwar derart eng, dass sich begegnende Fahrzeuge äußerst schwierig aneinander vorbei zwängen können. Nicht selten wird dann auch die Geschwindigkeit erhöht um möglichst schnell in eine Lücke ausscheren zu können. Dies wiederum verringert in erheblichem Maße die Sicherheit, insbesondere von die Straßen überqueren wollenden Kindern, die zwischen den parkenden Fahrzeugen nicht rechtzeitig erkannt werden. Der Ortsbeirat bittet die Straßenverkehrsbehörde um Stellungnahme, wie hier die Situation entschärft werden kann.

#### 4.5

##### *Ortstermin Längerbach*

Da sich nach dem am 16.11.2011 stattgefundenen Ortstermin mit dem Umweltamt, dem betroffenen Grundstückseigentümer und dem stellvertretenden Ortsvorsteher Jung noch nichts getan hat, bittet der stellvertretende Ortsvorsteher um Anwesenheit eines Vertreters des Fachamtes in der nächsten Sitzung des Ortsbeirates.

### **TOP 5**

#### **Verschiedenes**

#### 5.1

*Informationsveranstaltung über das interkommunales Projektvorhaben Erstellung einer Internetplattform Gebäude- und Baulandbörse für die Region Gießen/Wetzlar*

Ortsvorsteherin Volk gibt den Termin bekannt und bittet interessierte Ortsbeiratsmitglieder um Teilnahme an der Veranstaltung

#### Anlage 3

#### 5.2

*Förderprogramm Toleranz fördern - Kompetenzen stärken*

Ortsvorsteherin Volk informiert, dass der Verein „Verantwortung statt Gewalt e. V.“ im Rahmen des Förderprogrammes Toleranz fördern – Kompetenzen stärken einen Wettbewerb im Lahn-Dill-Kreis durchführt und sie Unterlagen zur Teilnahme erhalten hat.

#### 5.3

*Jubiläum der Karnevalsgesellschaft Naunheim*

Ortsvorsteherin Volk lädt die Ortsbeiratsmitglieder im Namen der Karnevalsgesellschaft Naunheim für den kommenden Sonntag zu einem Empfang anlässlich des 11jährigen Bestehens der KGN in die Kulturhalle Naunheim ein.

#### 5.4

##### *Jubiläum des Männergesangsvereins „Lahngruß“*

Auch der MGV begeht dieses Jahr ein Jubiläum. Zu seinem 125jährigen Bestehen lädt Ortsvorsteherin Volk das Gremium im Auftrag des Vereines für Sonntag, 22.01. ab 11:00 Uhr in die Sport- und Kulturhalle ein. 4 Personen nehmen an der Veranstaltung teil.

#### 5.5

##### Weihnachtsmarktausschuss

Der altbewährte Ausschuss zur Vorbereitung des Weihnachtsmarktes 2012 wird sich Mitte bis Ende Januar zur ersten Besprechung treffen. Ortsvorsteherin Andrea Volk erfragt die Bereitschaft einzelner Ortsbeiratsmitglieder zur Mitarbeit. Die Ortsbeiratsmitglieder Winfried Jung und Christian Simon erklären sich zur Unterstützung des Teams bereit.

#### 5.6

##### *Entwicklungskonzept Lahnaue zwischen Garbenheim, Niedergirmes und Naunheim*

Ortsbeiratsmitglied Dr. Greis bringt noch einmal das in der vorangegangenen Sitzung behandelte Einzelkonzept zur Sprache. Dass sie noch vor Beginn der Vegetationsperiode um einen Ortstermin Ende Februar/Anfang März auf der Lahninsel bemüht sei, gibt Ortsvorsteherin Volk zur Kenntnis. Ortsbeiratsmitglied Schäfer bittet darum, zu diesem Ortstermin auch den Fischereiverein und die interessierte Bevölkerung hinzuzuziehen

Wetzlar-Naunheim, 17.01.2012

Andrea Volk, Ortsvorsteherin

Rita Rumpf, Schriftführerin